

# Niedrigere Steuern und günstige Pachtzinsen

## Gesetzentwurf über die Industriepolitik will Investitionen fördern

Fragen an Thomas Brand, Brand & Partner, Rechtsanwälte und Steuerberater



*Als Antwort auf die Sanktionen westlicher Länder will Russland die Rahmenbedingungen für ausländische*

*Unternehmen in Russland weiter verbessern. Gegenwärtig bereitet die russische Regierung einen Gesetzentwurf „Über Industriepolitik“ vor. Was soll sich ändern?*

Der Gesetzentwurf „Über die Industriepolitik“ wurde vom russischen Ministerium für Industrie und Handel vorbereitet und ist auf die Förderung der Industrientwicklung in Russland gerichtet und gilt gleichermaßen für in- und ausländische Unternehmen. Russlands Industriepolitik soll nach dem Entwurf die derzeitige Importabhängigkeit für Industrieprodukte überwinden, indem Fördermittel aus dem Haushalt für die Entwicklung von Industrieclustern und Industrieparks genutzt werden.

Für Investoren, die im Bereich Industrie investieren möchten, wird durch den Gesetzesentwurf eine neue Form eines Investitionsvertrages geschaffen. Parteien des Investitionsvertrages sind die Russische Föderation einerseits und der Investor andererseits. Der Investitionsvertrag kann für eine Dauer von zehn Jahren abgeschlossen werden und verpflichtet den Investor, eine Industrieproduktion in Russland aufzubauen. Der russische Staat gewährt seinerseits wichtige Vergünstigungen wie niedrigere Steuern und günstigere Pachtzinsen für staatliche Grundstücke. Damit schafft der Investitionsvertrag ähnliche Bedingungen wie die Sonderwirtschaftszonen. Darüber hinaus sollen zukünftige Normen, die die Lage des Investors verschlechtern, für diesen

nicht gelten, um Planungssicherheit für die Investoren zu garantieren.

Des Weiteren können Investitionsvorhaben durch direkte Subventionen aus dem Haushalt oder Steuervergünstigungen unterstützt werden.

*Wann ist mit der Verabschiedung eines solchen Gesetzes zu rechnen?*

Der Gesetzentwurf wurde in Mai 2014 öffentlich angehört und mit der russischen Regierung abgestimmt. Nach Angaben des Pressedienstes des russischen Ministeriums für Industrie und Handel wird der Entwurf in Kürze der Staatsduma vorgelegt. Experten erwarten, dass der Entwurf noch vor der Sommerpause angenommen werden könnte.

*Auf welche Beschränkung treffen ausländische Unternehmen heute noch bei Ausschreibungen?*

Grundsätzlich standen Ausschreibungsverfahren auch ausländischen Unternehmen bisher offen. Nur für einige Bereiche wie z.B. in der Verteidigungsindustrie gibt es Einschränkungen. Art. 18 des Gesetzesentwurfes „Über die Industriepolitik“ sieht nunmehr allerdings vor, dass für öffentliche Ausschreibungen einheimische Produkte ausländischen Waren vorzuziehen sind – dies stellt auf den ersten Blick eine klare Benachteiligung ausländischer Anbieter dar.

Dabei stellt der Gesetzesentwurf aber auch klar, dass die Regelungen des internationalen Rechts hierdurch nicht verletzt werden dürfen. Das russische Vergaberecht sieht derzeit keine derartige Einschränkung vor, soll aber gemäß dem Gesetzesentwurf „Über die Industriepolitik“ entsprechend geändert werden.

*Unter welchen Bedingungen erhalten die Tochterunternehmen ausländischer Unternehmen in Russland Fördergelder?*

Echte allgemeine Fördermöglichkeiten und Subventionen, gerade für KMU, sind derzeit de facto rein russischen Unternehmen vorbehalten, allerdings können auch russische Unternehmen mit einer ausländischen Minderheitsbeteiligung Fördermöglichkeiten in Anspruch nehmen, aber eben nicht, wenn ausländische Gesellschafter die Mehrheit halten.

*Welche Fördermöglichkeiten sind attraktiv für ausländische Unternehmen?*

Ausländische Investoren werden insbesondere durch die Vergünstigungen in Sonderwirtschaftszonen gefördert, die allerdings auch gewissen Mindestinvestitionen vorsehen. Die Förderung geschieht in erster Linie durch Steuer- und Zollvergünstigungen, niedrigere Pachtzinsen sowie den kostenlosen Anschluss an die öffentliche Versorgung, die vom Staat durch Haushaltsmittel getragen wird. Eine der erfolgreichsten Sonderwirtschaftszonen ist „Alabuga“. Darüber hinaus werden Industrieprojekte in Zukunft wie oben erwähnt subventioniert werden können.

*Seit einem Jahr ist das Gesetz in Kraft, das unter anderem die Lokalisierung der Produktion in der Automobilproduktion vorsieht. Wie hat es sich bewährt – wo liegen die größten Stolpersteine und Herausforderungen für ausländische Unternehmen?*

Im Bereich der Automobilindustrie trat im Juli 2013 das föderale Gesetz Nr. 190-FZ „Über einige Maßnahmen der staatlichen Förderung einzelner Kategorien von Herstellern von Motorfahrzeugen, ihrer Bauteile und Aggregate“ in Kraft getreten. Das Gesetz sieht unter anderem unter bestimmten Bedingungen die Erstattung von Aufwendungen, die Unternehmen ab 1. Juli 2018 durch eine Erhöhung der Einfuhrzollsätze entstehen, vor. Neben anderen Vergünstigungen bilden aber die steigenden Preise für Rohstoffe und der immer noch bestehende Mangel an qualifizierten Arbeitskräften vor Ort sowie fehlende lokale Zulieferer Hindernisse für ausländische Konzerne.

> Möchten Sie Informationen über Ihr Unternehmen, dessen Kooperationen mit Russland sowie Personalveränderungen mitteilen, senden Sie uns eine E-Mail: [bb@owc.de](mailto:bb@owc.de)



[www.owc.de/russland](http://www.owc.de/russland)

Aktuelle Meldungen zum Engagement deutscher Firmen in Russland, Berichte, Adressen und Links finden Sie im Wirtschaftsportal Russland.